

**Burgfriedenspolitik in
Westdeutschland und
Westberlin:
Gegen DDR und FDGB**

13-Punkte-Programm des FDGB

Aachen

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere bei der Jugend, über die Verständigung der Völker untereinander
3. Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus
4. Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung
5. Vertretungen der Gewerkschaften in allen Zweigen des öffentlichen Lebens
6. Wiedereinführung des Arbeitsrechts
7. Regelung der Lohnfragen und Ferien
8. Wiedereinführung des Achtsturentages evtl. der Vierzigstunden-Woche
9. Wiedereinführung des Streikrechts
10. Unterdrückung der Werkschutzvereine
11. Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher
12. 1. Mai gesetzlicher Feiertag
13. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Mitglied der NSDAP waren, können Mitglied werden, aber keine Funktion ausüben

ADGB-Führer Fritz Tarnow gegen Einheitsgewerkschaft



1946: Gründung des FDGB in der SBZ



Generalstreik im Ruhrgebiet 1947



Ab 1945: Vier Besatzungszonen und Berlin als Sitz des Alliierten Kontrollrats



Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Berlins im Oktober 1946

Partei	Stimmen in Prozent
SED	20
SPD	49
CDU	22
LDPD	9

„Wehrwirtschaftsführer“ und Kriegsverbrecher von Witzleben



Kundgebung des FDGB am 1. Mai 1948



Berliner Arbeiter protestieren gegen die Einführung der D-Mark in Westberlin



1949: Gründung der BRD



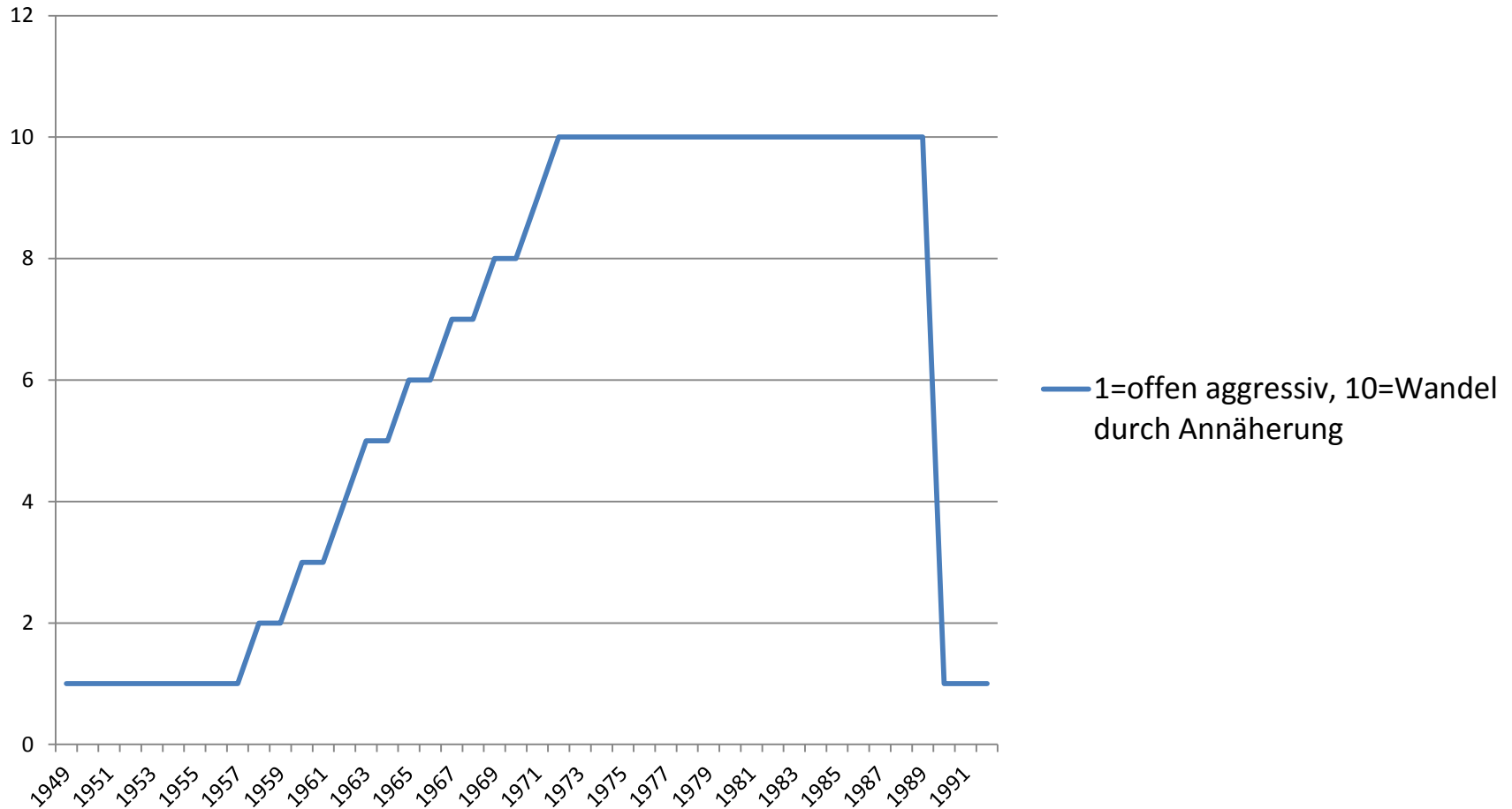
1949: Gründung der DDR



1949: Gründung des DGB



Zwei sozialdemokratische Methoden im Wandel der Zeiten



Der 17. Juni 1953

NEUES DEUTSCHLAND
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Beitrag: 10 Pfennig (1953) 17. Juni 1953 1. Jahrgang, Nr. 147

Was ist in Berlin geschehen?

Die Sowjetunion hat sich in der Nacht zum 17. Juni 1953 in Berlin für die Verletzung der Vier-Mächte-Verträge durch die DDR-Führung ausgesprochen. Die Sowjetunion hat die DDR-Führung aufgefordert, die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die DDR-Führung hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die Sowjetunion hat die DDR-Führung aufgefordert, die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die DDR-Führung hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Zusammenbruch des Abenteuers ausländischer Agenten in Berlin

Die Sowjetunion hat die DDR-Führung aufgefordert, die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die DDR-Führung hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die Sowjetunion hat die DDR-Führung aufgefordert, die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die DDR-Führung hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Bekanntmachungen der Regierung der DDR

Die Regierung der DDR hat die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die Regierung der DDR hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die Regierung der DDR hat die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Die Regierung der DDR hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin

Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin hat die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin hat die Verträge zu befolgen und die Freiheit der Bewegung des Menschen in Berlin wiederherzustellen. Der Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Die Welt erkämpft Hürdtungsaufschub für die Rosenbergs

Die Welt hat die Hürdtungsaufschub für die Rosenbergs erkämpft. Die Welt hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die Welt hat die Hürdtungsaufschub für die Rosenbergs erkämpft. Die Welt hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Die Verbrechen der westberliner Provokateure

Die westberliner Provokateure haben Verbrechen begangen. Die westberliner Provokateure haben sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die westberliner Provokateure haben Verbrechen begangen. Die westberliner Provokateure haben sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Otto Naucke von Stamm-Pöbeln verurteilt

Otto Naucke von Stamm-Pöbeln ist verurteilt. Otto Naucke von Stamm-Pöbeln hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Otto Naucke von Stamm-Pöbeln ist verurteilt. Otto Naucke von Stamm-Pöbeln hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Präsident Zdeněk neuvěřitelní bei Einlassung

Präsident Zdeněk ist neuvěřitelní bei Einlassung. Präsident Zdeněk hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Präsident Zdeněk ist neuvěřitelní bei Einlassung. Präsident Zdeněk hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Demarkationslinie in Korea festgelegt

Die Demarkationslinie in Korea ist festgelegt. Die Demarkationslinie in Korea hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen. Die Demarkationslinie in Korea ist festgelegt. Die Demarkationslinie in Korea hat sich weigert, die Forderungen der Sowjetunion zu befolgen.

Wortlaut der Reden der Genossen Otto Grottel und Walter Ulbricht auf der Berliner Parteikönigtag auf Seite 3



In Westdeutschland wird die KPD verfolgt und schließlich verboten



„Berlin-Krise“ – Vorwand für hysterisches Kriegsgeschrei



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLAND

Jahrgang 7, Nr. 308 Berlin, Freitag, 20. November 1950 Ausgabe A / Druckpreis 10

Die UdSSR schlägt der DDR zur Festigung des Friedens und im nationalen Interesse des deutschen Volkes vor

WESTBERLIN – entmilitarisierte Freie Stadt

Entscheidungen der Sowjetregierung an die Regierung der DDR, an die Westmächte und die Bundesrepublik // Sowjetregierung übergibt DDR alle Kontrollfunktionen / Beendigung des ungerechtfertigten ausländischen Besatzregimes in Westberlin / Deutschlands alte Hauptstadt gehört den Deutschen / Schluß mit dem Mißbrauch Westberlins als Zentrum der Spionage und Hetzpropaganda / Westberlin als Freie Stadt – nicht länger Herd internationalen Spannung und niemals Kriegsherd / Westberlin soll Zentrum der friedlichen Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten werden / UdSSR steht fest und brüderlich an der Seite der DDR

Demonstration gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in Hamburg



Boykottposten des DGB Westberlin vor dem S-Bahnhof Hermannstraße



„Wandel durch Annäherung“ und die dazu gehörigen Verträge



Demonstration in Berlin gegen den SDS



„... es kann uns nicht gleichgültig sein, dass große Teile Deutschlands jenseits der Oder-Neiße-Linie gewaltsam abgetrennt und Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.“ (Otto Brenner, 1956)



1.Mai 1966



Mehr Demokratie wagen – außer zu Hause



Ernst Breit (DGB) und Harry Tisch (FDGB)



Gemeinsames Papier von SED und SPD (1987)



1990: Liquidierung des FDGB



metall
EXTRA
Sonderausgabe für die DDR
11. Juni 1990

Eine IG Metall für Deutschland

Jetzt wächst auch bei den Arbeitnehmern das Bewusstsein, was nur jetzt stark ist. Nach in diesem Jahr werden Voraussetzungen dafür geschaffen, daß es nur noch eine Industriergewerkschaft Metall für Deutschland gibt. Das haben die Vorstände der IG Metall für die Bundesrepublik und für die DDR vereinbart. Damit, so steht es in einer gemeinsamen Erklärung vom 25. Mai, bekommen die Arbeitnehmern und Arbeitnehmer in der DDR ein Recht auf den gleichen Schutz und die gleiche Durchsetzung ihrer Interessen wie in der Bundesrepublik.

... Und so sieht der Fahrplan zur Gewerkschaftseinheit aus. Ab sofort richten die Vorstände beider Organisationen eine gemeinsame Kommission ein, die die Modalitäten der Herbeiführung der Gewerkschaftseinheit regelt. Am 5. und 6. Oktober wird die IG Metall der DDR auf einer Zentraldelegiertenkonferenz „den Beitritt ihrer Mitglieder in die IG Metall der Bundesrepublik Deutschland und alle statutenmäßigen Voraussetzungen“ beschließen. Ein außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik will am 1. und 2. November in Bonn „die satzungsgemäßen Voraussetzungen für einen Beitritt der Mitglieder der IG Metall der DDR schaffen“. Am 1. Januar 1991 will es dann nur noch eine IG Metall für ganz Deutschland geben.

In der Zwischenzeit verstärkt die bundesdeutsche IG Metall ihre Beziehung und Hilfe für die Kollegen und Kollegen in der DDR. So gibt es juristischen in allen Bereichen die stützenden Beratungsdienste, die den Betriebsräten und In-

teressierten vor Ort helfen. Auch bei den beginnenden Tarifverhandlungen über Lohn und Gehalt sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen steht die bundesdeutsche IG Metall den DDR-Kollegen zur Seite. Gemeinsame beidseitige Organisationen die Wahl von Betriebsräten bis Ende des Jahres vor, weil ab 1. Juli das Betriebsverfassungsgesetz auch in der DDR gilt.

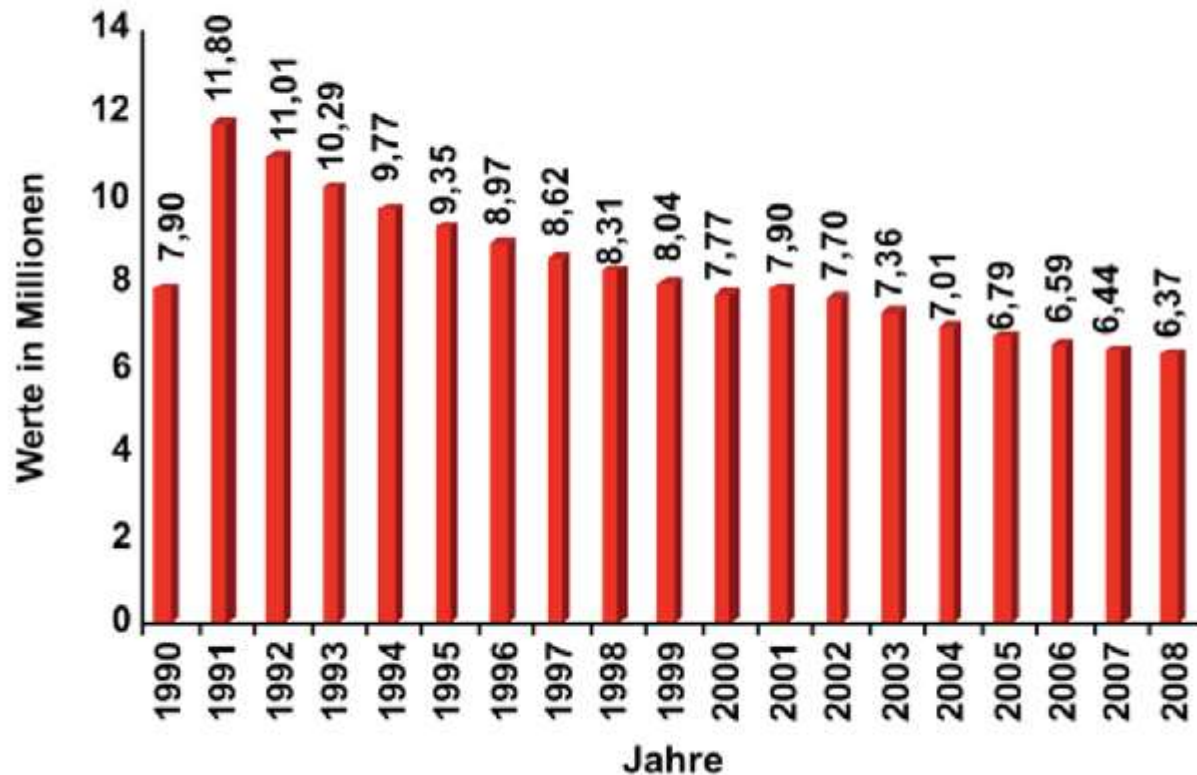
Dies alles kann aber nur gelingen, wenn sich die Arbeitnehmern und Arbeitnehmer in der DDR weiterhin für den strukturellen Neuaufbau der IG Metall einsetzen. Nur durch die gemeinsame Interessenvertretung im Betrieb – Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, Lehrlinge und ausländische Kollegen – können sie für ihre Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen sowie bessere Löhne und Gehälter kämpfen.

Und nur durch ihre Mitgliedschaft in der IG Metall, die in diesen Bereichen durch eigene Anwaltschaft und selbsttätige – Beitragskürzung dokumentiert wird, können sie ihren Beitrag für die Gewerkschaftseinheit leisten. Für eine starke IG Metall in ganz Deutschland.

Inhalt
Seite 2: Was wir jetzt gemeinsam tun müssen
Seite 3: Im Moment – die Hamburger Vereinbarung
Seite 4: Franz Stockkühler und Hartwig Bogel zur Gewerkschaftseinheit
Fred, Oswald und Mark: Beate-Cosquin für METALL.com

Die Mitgliederzahl des DGB ist bis 2008 wieder auf den Stand von 1960 gesunken

DGB Mitgliederzahlen, absolut, 1990-2008



Quelle: DGB Mitgliederzahlen

2003 – der verratene Kampf



